

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lutz Schäfer	<u>Fachbereichsleiter Ju- gend/Soziales/Schulen/Sport</u>	Zu allen TOP
Frau Jana Eichler	<u>Sachbearbeiter Instandhaltung Hochbau, GAV</u>	Zu TOP 3
Herr Sven Tipold	<u>Sachbearbeiter Instandhaltung Hochbau, GAV</u>	Zu TOP 3
Frau C. Swierzy	<u>Sachbearbeiterin Rechnungsprüfungsamt</u>	

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Petra Rank	
Frau Sabine Schott, Freie Presse	Öffentlicher Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 01.09.2022
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Vorstellen der Bildungseinrichtung - Referentin: Schulleiterin Steffi Fritsch
3. Antrag der SGI-Fraktion - Zeitnahe Lösung der räumlichen Probleme in der Käthe-Kollwitz-Schule -, Reg.-Nr. 267-22 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Unterrichtsfach Persönlichkeitsentwicklung am Diesterweg-Gymnasium - Vortragender: Jakob Kreisig, Mitglied des Lehrerkollegiums
5. Information
- 5.1. Information zur Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2021 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Plauen
0683/2022

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 28. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion und Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Zur Tagesordnung erfolgt keine Diskussion.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 01.09.2022

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 01.09.2022 wurde bestätigt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Anfragen offen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, informiert, dass heute eine Schulleiterberatung stattfand, wo gemeinsam verschiedenste Themen besprochen wurden. Ein Schwerpunkt dieser Beratung war unter anderem, das Thema Digitalisierung.

Er möchte der Bitte der Schulleiter nachkommen und ihr Meinungsbild im Bildungs- und Sozialausschuss näher erläutern. Es geht zu einem um die Ausstattung bei der Digitalisierung an den Schulen. Das Thema wurde gut aufgenommen und ist im Vergleich zu anderen Städten sehr gut angelaufen.

In der aktuellen Situation gibt es jedoch noch einige Defizite in Form von Personalnot oder weil man an Lieferkettenprobleme gebunden ist. Zwar gibt es 2 engagierte Mitarbeiter in diesem Bereich, die teilweise an Wochenenden an den Schulen arbeiten, jedoch darf man nicht außer Acht lassen, dass es zahlreiche Aufgaben betrifft, die zu bewältigen sind, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Der Wunsch der Schulleitungen ist die Aufstockung der personellen Ressourcen.

Weiterhin führt er aus, dass zwar bereits Personal bereitgestellt wurde, es jedoch für die dauerhafte, gute Digitalisierung an Verstärkung bedarf. Den Digitalpakt betrachtet er für gut und richtig, es fehlt jedoch an langfristiger Finanzierung. Dies kann die Stadt Plauen allein nicht leisten.

Er appelliert daher an den Gesetzgeber, weitere Maßnahmen in Form von Kompensation zu ergreifen. Die Stadtverwaltung versucht einige Dinge in der Struktur zu verändern, indem gewisse Aufgaben IT seitig verlagert bzw. ausgegliedert werden, um freie Ressourcen zu schaffen. Das möchte er im Zuge der Transparenz den Ausschussmitgliedern mitgeben.

2. Vorstellen der Bildungseinrichtung - Referentin: Schulleiterin Steffi Fritsch

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, berichtet, dass er bereits vor einigen Monaten die Käthe-Kollwitz-Schule besucht und gewisse Probleme mit der Schulleitung besprochen hat. Auch wenn die Haushaltssituation allen bekannt sein dürfte, möchte er dennoch den Blick auf die Problematik richten, auch in Hinsicht auf den Antrag der SGI-Fraktion. Er freut sich auf den Vortrag und übergibt das Wort an die Schulleiterin, Frau Steffi Fritsch.

Frau Steffi Fritsch begrüßt alle Ausschussmitglieder und Gäste und stellt das Schulkonzept vor. Das Handout liegt der Niederschrift bei.

1976 ist die Schule erbaut worden. Frau Fritsch ist seit 1982 am Förderzentrum und seit 2018 auch als Schulleiterin tätig. An dieser Stelle stellt sie Herrn Christian Mallon als zukünftigen Stellvertreter vor, da Herr Scheritz den Ruhestand antritt.

Im Förderzentrum werden Schüler von Klasse 1 bis Klasse 9/10 aus dem gesamten Stadtgebiet sowie aus dem Vogtlandkreis unterrichtet. Neben dem Förderschwerpunkt Lernen gehören soziale und emotionale, sowie körperlich-motorische Entwicklung mit Förderschwerpunkt Hören zum Konzept.

Frau Steffi Fritsch berichtet, dass die Schüler sehr viel Zuwendung benötigen und das Lernen von der 1. bis zu 4. Klasse deutlich langsamer erfolgt als an einer Grundschule. Erst mit der 5. Klasse beginnt der gleiche Fächerkanon wie an einer Oberschule.

Die Schüler kommen nicht über eine Anmeldung an das Förderzentrum. Die Aufnahme erfolgt im Feststellungsverfahren durch das Landesamt für Schule und Bildung.

Sie ist froh, dass am Förderzentrum viele Assistenzsysteme integriert sind, von der Schulsozialarbeit angefangen, über eine Inklusionsassistentin, eine Schulassistentin bis hin zu den pädagogischen Fachkräften.

Große Sorgen bereitet ihr der Platzmangel, die Aufnahme weiterer Schüler am Förderzentrum unmöglich macht. Dies hat zur Folge, dass Schüler aus dem Einzugsgebiet von anderen Förderzentren in Auerbach sowie Oelsnitz/Markneukirchen übernommen werden und einen langen Fahrweg auf sich nehmen müssen oder als Inklusionskinder an den Grundschulen verbleiben, so Frau Fritsch weiter.

Bereits 2018 fand der Bildungs- und Sozialausschuss an der Schule statt, wo über das Platzproblem berichtet wurde. Nach dieser Ausschusssitzung war die Schulleitung zumindest über die Neugestaltung des Schulweges sehr dankbar.

Gerade in Zeiten der Pandemie ist es deutlich geworden, dass die Vorgaben im Hygienekonzept aufgrund der räumlichen Möglichkeiten nur sehr schwer umsetzbar waren.

Im Anschluss an die Sitzung lädt Frau Fritzs zum gemeinsamen Rundgang durch ihre Bildungseinrichtung ein. Sie übergibt das Wort an Herrn Christian Mallon, der die räumliche Problematik anhand einer Bildschirmpräsentation näher vorstellt. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Es fehlen Klassenräume, Aufenthaltsräume, Räumlichkeiten für die individuelle Förderung, Vorbereitungsräume, ein Arztzimmer, ein Raum für die Schülerbibliothek, Lehrerzimmer sowie ein Büro für den Schulverwaltungsassistenten.

Neben dem spürbaren Platzmangel an der Schule, dem beengten Speiseraum und dem kleinen Parkplatz, wird das Problem mit den fehlenden Toiletten besonders deutlich. Die hygienischen Bedingungen im Nebengebäude sind unzumutbar. So müssen sich 30 weibliche Lehrkräfte in einem Bereich eine einzige Damentoilette teilen. Bei den Schülerinnen und Schülern sowie den männlichen Lehrkräften sieht es keineswegs besser aus.

Die Schulleitung wünscht sich einen Schulhausanbau bzw. Schulhausneubau je nach Planung, eine Sanierung, Umbau oder Neubau des Nebengebäudes sowie eine Parkplatzvergrößerung, so Herr Mallon weiter.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, dankt Herrn Mallon für die Schilderung der räumlichen Situation. Er sagt, als Stadt Plauen haben wir eine hohe Priorität an vielen Schulen. Für den nächsten Doppelhaushalt liegt der Schwerpunkt in Bezug auf die Planung auf dem Fördergebiet Rückerschule und der Grundschule Neundorf.

Das Förderzentrum gehört zu einer weiteren hohen Priorität, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter. Man befinde sich bereits in der Mittelfristplanung, diese Maßnahmen zeitnah umzusetzen, erscheinen ihm eher als unwahrscheinlich. Er betont, dass aufgrund der Mängellage perspektivisch eine langfristige Lösung am Förderzentrum notwendig sein wird. Das Ziel der heutigen Sitzung sollte sein, ein Blick darauf zu richten, welche Maßnahmen kurzfristig machbar sind, um zumindest einige Mängel abzustellen.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, weist darauf hin, dass die Brandschutzmaßnahmen integriert werden müssen. Ihr ist bekannt, dass die Kinder in einem Brandfall über die Fenster aussteigen müssten, weil keine Fluchtmöglichkeiten vorhanden sind.

Herr Christian Mallon versichert, dass dies in Handout integriert und ausführlich aufgeführt ist. Die Lösungen sind da. Die zweite Fluchtmöglichkeit, die in den unteren Ebenen im Nebengebäude fehlt, ist derzeit nur durch die Fenster gegeben. Dies ist gerade in den kleineren Klassen sehr schwierig.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, findet die Situation sehr bedauerlich und verweist darauf, dass das Problem schon seit Langem bekannt ist. Im Jahr 2019/2020 war man schon mal vor Ort, es wurde viel darüber diskutiert, jedoch hat sich nichts an der Situation geändert, so Herr Stadtrat Holtschke weiter. Auch die Stellungnahme der Verwaltung ist für ihn nicht wirklich nachvollziehbar.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ist bestürzt, dass viele Schüler aus dem Schulsprengel in anderen Städte fahren müssen. Sie möchte wissen, wieviel Schüler es betrifft und wie lange der Fahrweg ist. Sie kann sich vorstellen, dass dies für Schüler mit Förderbedarf schwer zu bewältigen ist.

Die Schulleiterin Frau Fritzs, führt aus, dass es nicht so viele Schüler sind, da sich einige Eltern für die inklusive Beschulung entschieden haben. Jedoch ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren mehr Schüler an das Förderzentrum kommen werden, da die Bedingungen für inklusive Beschulung in den Regelschulen, gerade im Oberschulbereich nicht gerade günstig sind, so Frau Fritzs weiter.

Ferner berichtet sie, dass derzeit 2-3 Schüler fahren müssen. Die meisten kleinen Schüler konnten an den Grundschulen untergebracht werden, die aus dem Stundenpool des Förderzentrums Käthe-Kollwitz-Schule sehr intensiv betreut werden. Die Partnerschule, Grundschule Reusa hat ebenfalls viele Schüler aufgenommen. Nach Auerbach und Markneukirchen dauert der Fahrtweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 1 Stunde, an das Förderzentrum nach Oelsnitz etwas kürzer.

Die Schulleiterin Frau Fritzsch, betont, dass sie mit den Eltern und dem Landesamt für Schule und Bildung bemüht sind, für diese Kinder den freigestellten Schülerverkehr, den Transport mit Taxen zu ermöglichen. Dies gestaltet sich allerdings immer schwieriger, da keine Gelder bei ÖPNV dafür vorhanden sind.

Auch wenn die meisten Schüler im Stadtgebiet Plauen in der Inklusion unterrichtet werden, ist die Tendenz am Förderzentrum jedoch steigend. Auf allen Klassenstufen, bis auf die Klassen 4 und 5 ist die Schule mit der Anzahl der Schüler fast am Klassenteiler.

Beispielhaft berichtet sie, dass in den beiden 6 Klassen 17 Schüler sind, 18 wäre der Klassenteiler. Für diese 17 Schüler sind in jeder Klasse 2 Schulbegleiter, 2 Schulassistenten, eine pädagogische Fachkraft und eine Lehrkraft. Die räumlichen Verhältnisse sind sehr beengt, bei Freiarbeit müsste man immer umräumen. Dadurch geht ein großer Teil an Unterrichtszeit verloren.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, möchte von der Schulleiterin wissen, welches Problem dringend gelöst werden müsste.

Die Schulleiterin Frau Fritzsch, führt aus, dass die Sanitäreinrichtungen im Nebengebäude einer schnellen Lösung bedürfen. Bei einem Ganztagsunterricht ist es an manchen Tagen geruchsmäßig kaum auszuhalten. Die hygienischen Bedingungen im Nebengebäude wären für die Schüler und gleichermaßen für die Erwachsenen ganz wichtig.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, kann sich vorstellen, dass mit der Aufstellung eines Toilettencontainers temporär geholfen werden könnte, auch wenn es ihm bewusst ist, dass es keine schöne Lösung ist.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, schließt sich der Ansicht von Frau Stadträtin Petra Rank an. Ihm ist auch wichtig, dass der Brandschutz eingehalten wird. Es sollte oberste Priorität sein, mit überschaubaren Mitteln eine Möglichkeit zu finden, eine 2. Tür bzw. eine Fluchttreppe anzubringen.

Darüber hinaus ist er schockiert, dass Schüler mit Förderbedarf in der 1. bzw. 2. Klasse durch das ganze Vogtland fahren müssen. Er fragt an, ob eine Möglichkeit besteht, ganze Klassen oder Unterrichtsteile auszulagern, zum Beispiel an die Grundschule Reusa oder an die ehemalige, seit Jahren leerstehende Orthopädieklinik nebenan.

Die Schulleiterin Frau Fritzsch erklärt, dass die Alte Reusaer Schule keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann. Einige Fachräume davon sind sogar in der Käthe-Kollwitz-Schule ausgelagert. Mit der Grundschule Reusa fand diesbezüglich noch kein Kontakt statt.

Auch die ehemalige orthopädische Klinik war schon mal im Gespräch, jedoch leider vergebens, so Frau Fritzsch weiter.

3. Antrag der SGI-Fraktion - Zeitnahe Lösung der räumlichen Probleme in der Käthe-Kollwitz-Schule -, Reg.-Nr. 267-22 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bittet Herrn Stadtrat Eric Holtschke den Antrag vorzutragen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, berichtet, dass seine sowie die anderen Fraktionen ein Schreiben von der Schule erhielten, in dem auf die prekären Raum- und Sanitärbedingungen hingewiesen wurde. Am 23.05.2022 war die SGI-Fraktion vor Ort und hat zusammen mit der Schulleiterin, Frau Fritzsich sowie dem stellvertretenden Schulleiter, Herrn Scheritz einen Rundgang durchgeführt.

In diesem Zusammenhang sind wir auf die Probleme gestoßen, die hier schon in der Präsentation erläutert wurden. Angesprochen wurden zu einem die fehlenden Toilettenanlagen. Durch die Schulleitung wurde bestätigt, dass teilweise 30 Frauen sich eine einzige Toilette teilen müssen. Dieses Problem möchten wir als Fraktion schnellstmöglich angehen und haben vorgeschlagen einen Toilettencontainer zu installieren, so Herr Stadtrat Holtschke weiter.

Das zweite Problem sind die fehlenden und beengten Räumlichkeiten in Bezug auf die Gesamtschüleranzahl. Es gibt nicht genügend Lehr- und Aufenthaltsräume. Derzeit verfügt die Schule über eine Fläche von 2.026,4 m² auf, es existiert jedoch ein Flächenbedarf von 2.748 m². Daher wird eine zeitnahe, praktikable Lösung durch seine Fraktion angestrebt. Man hat 2-3 Jahre mit einer Lösung gewartet, daher betont er nochmals, dass in dem heutigen Ausschuss eine Lösung in die Wege geleitet werden muss.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, dass es zu einem immer der Entscheidung des Stadtrates obliegt, im Rahmen der Haushaltverhandlung Prioritäten zu setzen. Daher liegt es in der Verantwortung jeder Fraktion den Blick darauf zu richten, welche Prioritäten im Vordergrund stehen, welche Maßnahmen eher realisierbar werden können und die entsprechenden Deckungsquellen zu benennen.

Des Weiteren verweist er darauf, dass er bereits Gespräche mit dem Landesamt für Schule und Bildung geführt hat, um Fördermittel für den Schulausbau zu erhalten. Auch mit dem Vogtlandkreis gab es Gespräche, da immerhin 20% der Schüler am Förderzentrum aus dem Vogtlandkreis kommen. Da die restlichen 80% auch irgendwo vogtländische Schüler sind, hat er beim Vogtlandkreis um Kostenbeteiligung geworben, bis dato jedoch mit mäßigen Erfolg, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Er verdeutlicht nochmals, dass das Hauptziel grundlegende Sanierung und der Anbau kurzfristig nur machbar sind, wenn große Projekte, die aktuell die Stadt Plauen hat, nicht umgesetzt werden und das obliegt immer der Prioritätensetzung des Stadtrates.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bittet die Ausschussmitglieder die Stellungnahme der Stadt Plauen anzuhören. Darüber hinaus erklärt er, dass es der SGI-Fraktion freisteht, ihren Antrag ggf. nochmals zu modifizieren oder Unterstützung durch verschiedene andere Fraktionen einzuwerben.

Anschließend begrüßt er Frau Eichler von der Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen und bittet sie die Stellungnahme inhaltlich zu erläutern.

Frau Jana Eichler, Teamleiterin Hochbau GAV, führt aus, dass von der Gesamtsituation her die Anzahl der Toiletten ausreichend ist. Durch die ungleichmäßige Verteilung zwischen Haupt- und Nebengebäude sowie durch Zunahme der Lehrkräfte ist festzuhalten, dass im Nebengebäude zu wenig Schüler- und Erwachsenentoiletten zur Verfügung stehen.

Die schnelle Lösung mit Aufstellung eines Toilettencontainers wäre vorstellbar und wurde inzwischen angefragt, allerdings noch nicht finanziell untersetzt. Es müsste jetzt beschlossen werden, damit solch eine Maßnahme realisiert werden könnte, die jedoch von den baulichen Aspekten in 2022 nicht mehr umsetzbar ist.

Die geschätzten Kosten liegen zwischen 25.000,00 und 50.000,00 Euro.

Bezüglich der Gesamtlösung und dem Flächendefizit ist zu erwähnen, dass das Nebengebäude nicht mehr sanierungsfähig ist. Demzufolge müsste ein Abriss und Neubau erfolgen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, die grundsätzliche Sanierung und der Anbau sind ein Thema, wo der Stadtrat die Möglichkeit hat, im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gewisse Prioritäten zu setzen und das andere ist eine kurzfristige Bereitstellung von Toilettencontainer. Zudem zeige die Stellungnahme die Kosten für die Aufstellung eines Containers auf, die derzeit nicht im Haushaltsplan hinterlegt sind.

In diesem Zusammenhang fragt Herr Bürgermeister Kämpf an, ob die SGI-Fraktion an dem ersten Antrag festhalten möchte und ob darüber abgestimmt werden soll. Anderenfalls kann der Antrag nach den Erkenntnissen aus dem Ausschuss und im Hinblick auf die Haushaltsverhandlung nochmals entsprechend konkretisiert werden.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, betont, dass die Gesamtsituation nochmals durch die Schilderung der Schulleitung bekräftigt wurde und er sieht keine ablehnende Argumentation durch die anderen Fraktionen. Daher hält er an dem Antrag seiner Fraktion weiterhin fest. Er fragt an, ob es seitens der Verwaltung ein Vorschlag gemacht werden kann, wie der 1. Punkt umgesetzt werden könnte und welche Deckungsquelle möglich ist.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, legt dar, dass im Antrag die Punkte zwar benannt sind, jedoch nicht die Finanzierungssumme, die für diese Maßnahme bereitgestellt werden soll. Dies wäre im Rahmen des Haushaltsbeschlusses jedoch relevant.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, betont, dass die Unterstützung der CDU-Fraktion ganz sicher ist. Er ist auch der Ansicht, dass der Antrag auf ein konkretes Vorhaben im Hinblick auf die Toiletten geändert und auch eine genaue Summe angegeben werden müsste.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob der Antrag durch die Ergänzung einer Summe in Höhe von 25.000 bis 50.000 € präzisiert wäre.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, dass der Antrag gern so angepasst und anschließend darüber abgestimmt werden kann. Da der Antrag ohnehin nochmals im Stadtrat behandelt wird, können bis zur nächsten Stadtratssitzung noch Modifizierungen vorgenommen werden.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, vertritt ebenfalls die Meinung, dass eine schnelle Lösung für die Toilettensituation gefunden werden muss. Da die Realisierung des Vorhabens dieses Jahr nicht mehr erfolgen werden kann, muss es in der Haushaltsplanung aufgenommen werden.

Zudem möchte Herr Stadtrat André Bindl wissen, ob der Toilettencontainer direkt an das Schulgebäude angebaut wird oder ob der Zugang zum Container über den Schulhof erfolgt. Weiter stimmt er dem 2. Punkt zu, plädiert jedoch dafür, den Zeitraum für den Neubau zu konkretisieren.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, „zeitnah“ ist ein dehnbarer Begriff. Es handelt sich hierbei um ein konkretes Anliegen, daher sollte es in der Prioritätenliste entsprechend eingeordnet werden. Er unterstreicht nochmal, dass es wichtig ist, sich zu positionieren und festzulegen, welche Prioritäten nach Meinung des Antragsstellers nach hinten verschoben werden müssen bzw. Kompensationsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass es schwer ist eine genaue Summe zu benennen. Die genaue Finanzierungshöhe kommt im Zuge der Ausschreibung zustande. Den 2. Punkt sieht sie in der Aufgabe der Stadt Plauen eine Lösung vorzuschlagen, wann und wie die Maßnahmen realisiert werden können. Die Aufgabenstellung sollte sich an die Verwaltung richten, auch in Bezug auf die Brandschutzmaßnahmen.

Letztlich muss erwähnt werden, dass die Stadt Plauen damals entschieden hat, dass die Einrichtung städtisch bleiben und nicht an den Kreis gehen soll. Mit dem Hintergrund, dass jedoch 20% der Schüler aus dem Vogtlandkreis kommen, sollte man mit dem Vogtlandkreis zwecks einer Beteiligung im Gespräch bleiben, so Frau Stadträtin Rank weiter.

Ferner möchte sie wissen, welche zusätzliche Förderung über das Land möglich ist, da die Käthe-Kollwitz-Schule als Ausbildungsschule agiert. Sie vertritt die Meinung, dass auch darüber mit dem Landkreis verhandelt werden soll.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erklärt nochmal, dass die Gespräche diesbezüglich aktuell mit mäßigen Erfolg verlaufen sind. Er wird jedoch weiterhin dranbleiben und schauen, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Vordergründig ist die Stadt Plauen Träger der Schule und somit in der Verantwortung.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, unterstützt ebenfalls den Antrag der SGI-Fraktion. Er befürwortet die entsprechende Finanzierungssumme in die Haushaltsplanung aufzunehmen, gerade in Hinsicht auf die Toilettensituation und den Brandschutz. Als Zweites wird die Stadt beauftragt, eine bauliche Lösung für die räumliche Lage zu finden.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, kommt auf seine ursprünglich gestellte Frage zurück, ob der Zugang zum Toilettencontainer vom Gebäude aus erfolgt oder ob der Container vom Schulgelände betreten werden muss.

Frau Jana Eichler, Teamleiterin Hochbau GAV, weist darauf hin, dass selbst wenn die Freigabe der Verwaltung zeitnah vorliegen würde, zunächst Fördermittelanträge gestellt und die Mittel für den Haushalt beschlossen werden müssten. Ein Baubeginn vor 2025 ist somit undenkbar.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, dankt Frau Eichler für die zeitliche Einordnung und übergibt das Wort an Herrn Tipold.

Herr Sven Tipold, Sachbearbeiter Instandhaltung Hochbau GAV, bekundet, dass es bei der Brandschutzthematik hauptsächlich um einen Notausstieg im Erdgeschoss im Nebengebäude geht. Dort ist eine Fluchttreppe nötig. Es ist angedacht, die Treppe von der Herbartschule an die Käthe-Kollwitz-Schule umzusetzen und sollte noch im November 2022 realisiert werden. Zum Thema Toilettencontainer teilt er mit, dass dieser nicht an das Gebäude integriert ist. Es wird im Eingangsbereich vom Nebengebäude aufgestellt und müsste von außen betreten werden.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, stellt in Frage, ob dies eine deutliche Verbesserung darstellt, wenn die Schüler und Lehrer erst aus dem Gebäude rausgehen müssen, um auf die Toilette zu gehen. Gerade im Winter wäre es nicht praktikabel.

Die Schulleiterin, Frau Steffi Fritsch, betont, dass diese Lösung für die kleinen Schüler sehr aufwendig ist, weil dies mit Zeitaufwand verbunden ist. Es wäre denkbar, dass es eher die größeren Schüler nutzen, sodass die vorhandenen Toiletten für die kleineren Schüler vorbehalten sind. Vorstellbar wäre auch, dass die Toiletten für die Erwachsenen generell in dem Container untergebracht sind.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, möchte von Herrn Stadtrat Eric Holtschke wissen, wie mit dem Antrag verfahren werden soll. Er versichert nochmal, dass bis zur

Stadtratssitzung noch Änderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen werden können.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte Punkt 1 in seinem Antrag wie folgt präzisieren.

1. schnellstmöglich eine Lösung für die unhaltbare Toiletten-Situation (z.B. durch den temporären Einsatz eines Toilettencontainers mit Zugang zum Haupt- bzw. Nebengebäude)
durch die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel herbeizuführen

Den Punkt 2 zu spezifizieren ist schwer, da sie alle keine Bauunternehmer sind, so Herr Stadtrat Holtschke weiter. Er möchte von der Stadtverwaltung eine Variantenübersicht bekommen, was baulich machbar wäre und mit welcher Kostennote. Allerdings steht die Frage im Raum, ob dies noch bis zur Haushaltsplanung zu schaffen ist.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte unterstreichen, dass der Punkt 2 ein Thema ist, das für die Haushaltsberatung relevant sei. Um jedoch mit anderen Fraktionen eine Priorisierung vornehmen zu können, ist eine Grundlage notwendig, was alles überhaupt machbar wäre und in welchen Zeitraum die Planung erfolgt. Solch eine Grundlage müsse von der Stadtverwaltung vorgelegt werden, einerseits für die Haushaltsberatung und andererseits für den Beschluss.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt schlussendlich mit, dass der Punkt 2, wie ursprünglich beantragt, bestehen bleibt.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt den Antrag zur Abstimmung und verliest den Beschlusstext.

Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt, an der Käthe-Kollwitz-Schule

1. schnellstmöglich eine Lösung für die unhaltbare Toiletten-Situation (z.B. durch den temporären Einsatz eines Toilettencontainers mit Zugang zum Haupt- bzw. Nebengebäude)
durch die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel herbeizuführen

2. zeitnah eine praktikable grundsätzliche bauliche Lösung in Bezug auf die räumlich prekäre Lage in der Käthe-Kollwitz-Schule, insbesondere der Toilettenanlagen sowie fehlender Aufenthaltsräume, vorzuschlagen und umzusetzen

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmten wie folgt ab:

8 JA-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit angenommen und ist für die Empfehlung im Stadtrat vorzulegen.

4. Unterrichtsfach Persönlichkeitsentwicklung am Diesterweg-Gymnasium - Vortragender: Jakob Kreisig, Mitglied des Lehrerkollegiums

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ist positiv überrascht und begeistert, dass von einem Plauener Lehrer im Bereich Innovation in Bezug auf das Thema Bildung, aktiv Vorschläge erarbeitet wurden und diese letztendlich auch auf sächsischer Ebene angenommen worden sind. Dadurch konnte ein neues Lehrfach namens „Persönlichkeitsentwicklung“ implementiert werden.

Er begrüßt die beiden Lehrer des Diesterweg-Gymnasiums, Herrn Jakob Kreisig und Herrn Zschoche und übergibt das Wort an Herrn Kreisig.

Herr Jakob Kreisig ist seit 2 1/2 Jahren Lehrer am Diesterweg-Gymnasium. Er berichtet,

dass seit diesem Schuljahr ein 5-wöchiger Grundkurs namens „Persönlichkeitsentwicklung“ angeboten. Dieser Grundkurs wird derzeit in Klasse 11 und ab dem nächsten Jahr auch in der Klasse 12 angeboten.

Er freut sich, das Fach „Persönlichkeitsentwicklung“ vor dem Bildungs- und Sozialausschuss näher vorstellen zu dürfen. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Es handelt sich um einen Grundkurs, der freiwillig belegt werden kann, als Wahlgrundkurs. 60% der Schüler haben diesen Kurs bis dato gewählt. Das Fach gibt es schon in verschiedenen anderen Bundesländern als Schulfach, aber auch in Österreich, Schweiz und Italien wird es bereits unterrichtet.

In Sachsen gilt das Diesterweg-Gymnasium als Vorreiter, wo es als Unterrichtsfach mit dem genehmigten Lehrplan angeboten wird.

Die Schüler müssen viel leisten, es ist auch herausfordernd sich öffnen zu müssen. Sie haben die Möglichkeit über sich selbst zu reflektieren, den Versuch, die Dinge, die sie lernen, auch im Alltag anzuwenden, so Herr Kreisig weiter.

Es ist viel, aber es ist immer mit der Hoffnung verbunden, dass es den Schülern wirklich und nachhaltig etwas bringt. Die Bewertung ist Pflicht. Das Risiko mit dem Fach ist jedoch relativ gering, denn die Schüler müssen nur eine Note einbringen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bedankt sich bei Herrn Kreisig für den Vortrag und sein Engagement. Die Stadt Plauen kann sehr stolz darauf sein, solche engagierten Lehrer zu haben, die so ein wichtiges Thema voranbringen.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, erachtet den Vortrag als interessant und das Unterrichtsfach als sehr wertvoll. Er wünscht sich, dass dieses Fach deutlich eher unterrichtet wird. Mit 17/18 Jahren hat man vielleicht eine andere Prioritätensetzung. Seiner Ansicht nach, sollte das Fach bereits ab der Klasse 9/10 Klasse angeboten werden, gerade in Hinsicht auf die Berufsorientierung, da man noch Einfluss auf die Entwicklung nehmen kann.

Herr Jakob Kreisig erklärt, dass die Schüler für sich selbst eine Wertepyramide basteln. Diese gibt ihnen die Richtung vor, welche Anliegen für die Schüler wichtig sind und was sie erreichen möchten. Was die Berufswahl angeht, so wäre diese bei vielen Schülern selbst in der 11/12 Klasse noch nicht abgeschlossen, so Herr Kreisig weiter. Neben diesem Fach wird zusätzlich Berufsberatung am Gymnasium angeboten.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für den tollen Vortrag. Er schätzt das Engagement der Lehrer. Da dieses Fach psychologische, ethische, aber auch philosophische Thematiken behandelt, stelle er es sich schwer vor, all diese Aspekte aufzufangen. Das Fach wird über 2 Jahre lang unterrichtet, wonach es schon sehr ins Detail gehen kann.

An dieser Stelle möchte er gern wissen, wie Herr Kreisig damit umgeht, beziehungsweise sich davor schützt und ob es Netzwerke gibt, mit denen er zusammenarbeitet.

Herr Jakob Kreisig antwortet, es gibt schon Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme bei Bedarf, im Moment gebe es jedoch kein großangelegtes Netzwerk. Er ist selbst Beratungslehrer am Gymnasium. Zusätzlich gibt es eine Schulsozialarbeiterin, diese ist neben dem Beratungslehrer ebenfalls eine Ansprechpartnerin für solche Themen. Derzeit sind jedoch keine Probleme aufgetreten. Er stehe sehr eng mit dem Fritz-Schubert-Institut in Kontakt, dort gebe es eine Notfallnummer.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob es vorstellbar wäre, dieses Fach auch an einer Realschule als Pflichtfach einzuführen.

Herr Jakob Kreisig sagt, grundsätzlich gebe es keine Einwände. Bei dem aktuellen Lehrkräftemangel und dem Ausfall an Stunden, könnte durchaus eine Lücke für dieses Fach gefunden werden, vorausgesetzt es findet sich eine Lehrkraft dafür, so Herr Kreisig weiter. Die Einführung als Pflichtfach würde er allerdings nicht befürworten. Ihm ist wichtig, dass die Schüler freiwillig das Fach belegen.

Ferner führt er aus, dass man mehr Lehrkräfte erreichen möchte, die das Fach an ihrem Schulen anbieten möchten. Die Vorhaben, die Reichweite zu vergrößern sowie einen Verein für positive Pädagogik zu gründen, stehen in Kürze auf dem Plan.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bedankt sich und wünscht Herrn Kreisig weiterhin viel Erfolg. Bei 60% der Schüler, die das Fach gewählt haben, kann man deutlich den Bedarf erkennen. Er würde sich freuen, wenn das Interesse in der Breite geweckt werden kann und sieht es als Chance, dadurch unseren Kindern und Jugendlichen etwas Gutes zu tun.

5. Information

5.1. Information zur Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2021 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Plauen 0683/2022

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport stellt die Informationsvorlage **Drucksachenummer: 0683/2022** vor.

Ergänzend teilt er mit, dass die Kosten pro Platz im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken sind, das wahrscheinlich auf das Pandemiegeschehen zurückzuführen ist. Es hat zu Schulschließungen, zu Schließungen in den Kindertageseinrichtungen geführt und damit ist der Aufwand für die Sachkosten zurückgegangen.

Jedoch ist davon auszugehen, dass die Kosten in 2022 wieder auf dem Normalniveau sein werden und wieder eine Steigerung in den Platzkosten zu verzeichnen sein wird, so Herr Schäfer weiter.

Die aktuellen Elternbeiträge bewegen sich innerhalb der im SächsKitaG festgelegten Mindest- und Höchstgrenzen und werden aufgrund des Stadtratsbeschlusses von 2019 unverändert beibehalten. Somit wird es in 2023 keine Erhöhung der Elternbeiträge geben. Herr Schäfer ist stolz, dieses Ergebnis als Entlastungspaket präsentieren zu dürfen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, CDU-Fraktion, begrüßt, dass es keine Steigerung der Elternbeiträge geben wird. Er fragt nochmals nach, ob es richtig ist, dass es weder eine Anpassung nach unten noch nach oben geben wird.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, dass es keine Anpassung geben wird.

Information:

Der Bildungs- und Sozialausschuss und der Finanzausschuss des Stadtrates nimmt die Entwicklung der Personal- und Sachkosten 2021 in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Plauen zur Kenntnis.

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Beatrice Parthon, sachkundige Einwohnerin, ihr ist bekannt, dass die Reinigungsstunden am Diesterweg-Gymnasium massiv reduziert worden sind. Sie möchte gern wissen, ob es alle Schulen betrifft, wo seitens der Stadt Plauen reduziert wurde oder ob es eine neue Kalkulation diesbezüglich gibt, die solch eine Reduzierung erklärt. Sie verweist darauf, dass die Schülerzahlen sich keineswegs verringert haben. Der Winter steht vor der Tür und die Quadratmeterzahl ist auch konstant geblieben.

Wie kommt es zu solch einer Verringerung bei dem Reinigungspersonal?

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, kann hierzu nichts ausführen. Er geht jedoch nicht davon aus, dass pauschal eine Verringerung des Reinigungspersonals beauftragt wurde. Ihm ist bekannt, dass es hierzu regelmäßig Ausschreibungen gibt. Er wird die Frage mitnehmen und zeitnah schriftlich beantworten lassen.

Herr Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, greift das Thema Preisanpassung Mittagessen aus dem letzten Bildungs- und Sozialausschuss auf und stellt die Nachfrage, inwieweit die Stadt Plauen Angebote von anderen Servicedienstleistern eingeholt hat bzw. wie der neue Sachstand ist.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, teilt mit, dass zu diesem Thema neue Erkenntnisse vorliegen, die unter der Information des Bürgermeisters im nichtöffentlichen Teil näher erläutert werden.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, spricht die bevorstehende Wohngeldreform, die ab 01.01.2023 in Kraft treten soll, an. Er begrüßt, dass zukünftig mehr Menschen vom Wohngeld profitieren werden. Im Umkehrschluss kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zahl der Wohngeldberechtigten mehr als verdoppelt. Er stellt die Nachfrage, inwiefern die Stadt Plauen bereits Vorkehrungen in Bezug auf genügend Personal getroffen hat, um die Antragsflut bewältigen zu können.

Ferner möchte er wissen, ob die Wohngeldberechtigten, die bereits Wohngeld beziehen, damit rechnen können, dass zum 01.01.2023 die angepassten Leistungen zur Auszahlung kommen, sodass die Änderungsbescheide bereits im Vorjahr erlassen werden.

Zu guter Letzt fragt er nach, ob der Weiterleistungsantrag im Sinne der Bürger und Bürgerinnen vereinfacht werden kann, auch in Hinsicht auf den Arbeitsaufwand, der bei der Sachbearbeitung reduziert werden könnte.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bedankt sich für die Fragen. Er führt aus, dass es sich um ein Thema handelt, das ganz oben auf der Prioritätenliste steht. Einerseits befürwortet er den Bezug von Wohngeld für die Menschen, die finanziell darauf angewiesen sind. Andererseits gibt er zu bedenken, dass die Umsetzung mit Schwierigkeiten und Bürokratie verbunden ist. Weiter führt er aus, dass es von der Bundesseite zwar beschlossen wurde, ohne jedoch zu hinterfragen, welches Personal die Antragsbearbeitung leisten muss und in welcher Zeitschiene es überhaupt zu bewältigen ist.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, bezweifelt, dass man mit dem bürokratischen Aufwand in Hinsicht auf die Beantragung tatsächlich den Menschen hilft, die auf das Wohngeld so dringend angewiesen sind. Eher werden sie dadurch noch mehr mit Antragsformularen und hohen Bürokratieaufwand unnötig belastet.

Er vertritt die Ansicht, dass diese Personengruppe eher davon profitieren würde, wenn man diese gezielt bei der Lohnsteuer und bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet, abgesehen von den Personalstellen, die noch geschaffen werden müssen.

An dieser Stelle führt er aus, dass die Stadt Plauen allein 15 zusätzliche Stellen aufstocken muss, da mit einer Verdreifachung der Antragsteller zu rechnen ist. Es wird gut ausgebildetes Personal notwendig sein, dies ist in dieser kurzen Zeit nahezu unmöglich.

Um schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen, werden zeitnah Stellen durch die Stadt Plauen ausgeschrieben. Zugleich werden wir Anforderungen an den Bund stellen, um die Kompensation der Personalkosten zu erwirken, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Die Gesamtlohnkosten pro Stelle dürften demnach zwischen 50.000,00 und 60.000,00 Euro im Jahr liegen. Allein bei 15 Stellen bedeutet dies eine wesentliche Mehrbelastung für die Stadt Plauen sowie die Steuerzahler.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, spricht großen Dank an Herrn Schäfer, Frau Friedländer-Schmidt sowie Frau Jeske aus, die bei der Lösungsfindung mitgewirkt haben. Es folgten interne Beratungen mit Frau Blume-Brake mit dem Entschluss, dass die Antragsannahme ausschließlich über das Bürgerbüro erfolgt und die konzentrierte Abarbeitung im Fachbereich Wohnhilfen stattfindet. Für den Anfang wäre dies ein Hilfsapparat.

Er appelliert an die Bundesregierung gewisse Entscheidungen nochmals zu überdenken. Er warnt auch davor, dass dieses Thema ein hohes Konfliktpotenzial aufweist, gerade dann, wenn die Menschen, die auf das Wohngeld dringend angewiesen sind, dieses aufgrund von Antragsstau nicht zeitnah bekommen.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, hat derzeit keine Lösung, wie der Antragsstau bewältigt werden soll. Wie die Neubeantragung in der Praxis aussieht und welche Durchführungsbestimmungen greifen, ist im Detail noch unklar.

Interessant ist jedoch, dass vor der geplanten Wohngeldreform bereits jetzt schon der Heizkostenzuschuss 2 (September-Dezember 2022) vorgeschaltet ist, der für alle jetzt wohngeldberechtigten Leistungsempfänger gewährt wird. Dafür gibt es jedoch keine zusätzlichen Stellen.

Wer die Arbeitsmarktsituation kennt, weiß auch, dass das Fachpersonal schwer zu finden ist. Herr Schäfer betont, dass die Mitarbeiter der Wohngeldstelle jeden Tag Großes leisten und daher geschützt werden müssen.

Viele Bürger und Bürgerinnen stellen die Anträge, da sie mit der Situation überfordert sind, jedoch führt nicht jede Betriebskostenerhöhung automatisch zum Wohngeldanspruch. Beim Wohngeld werden nur die kalten Nebenkosten berücksichtigt. Diese Anträge müssen abgelehnt werden, so Herr Schäfer weiter.

Es muss geklärt werden, was dann mit den abgelehnten Anträgen passiert, wenn die Heizkosten später doch eine Rolle spielen. Dazu gebe es noch keine Anweisungen, alle Gesetzgebungsverfahren sind noch im Referentenentwurf und die letzte Anhörung über die Länderchefs soll erst im November stattfinden.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, kommt auf die Anfrage bezüglich der Antragsformularen zurück. Der Bund und die Länder legen fest, wie die Formulare zu gestalten sind, wie das Antragsverfahren zu durchlaufen ist und wie die Anträge zu stellen sind. Daher haben wir als Stadt Plauen keinen Einfluss und können die Vereinfachung der Wohngeldanträge nicht vornehmen.

Er denkt jedoch, dass die Wohngeldanträge vom Aufbau und dem Inhalt in ganz Sachsen einheitlich sein dürften.

Die Antragsvereinfachung war schon mal im Gespräch und wurde versprochen, wie es jedoch in Detail beschlossen wird, kann erst im November 2022 bekanntgegeben werden.

Frau Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, möchte wissen, ob die Übermittlung der Wohngeldanträge auch online möglich ist.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, gibt zur Antwort, dass die Anträge online im PDF

Format bereitgestellt, ausgefüllt und ausgedruckt werden können, jedoch entweder postalisch oder eingescannt als E-Mail übermittelt werden müssen, da diese einer Unterschrift und dem Hinzufügen von Anlagen bedürfen.

Derzeit wird jedoch geprüft, ob ein Portal geschaltet werden kann, wo die Anlagen hochgeladen werden könnten. Es muss jedoch gewährleistet sein, dass das Hochladen von Anlagen verschiedener Formate und ggf. hoher Speicherzahl keine großen Hürden darstellt. Das Ziel sollte sein, dass die Anträge unmittelbar nach Eingang nacheinander bearbeitet werden können.

Frau Sabine Schott, Freie Presse, möchte gern von der Verwaltung wissen, wieviel Wohngeldanträge erwartet werden.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, es wird mit einer Verdreifachung der Antragsteller und somit mit einer Versechsfachung der Wohngeldanträge gerechnet.

An dieser Stelle knüpft er die Hochrechnung an einem Beispiel an und sagt, wenn wir von 2500 Antragstellern ausgehen, dann bedeutet eine Verdreifachung 7500 Leistungsempfänger. In der Praxis bedeutet eine Verdreifachung des Leistungsempfängerkreises jedoch eine Versechsfachung der Anträge. Wichtig ist erst einmal zu ermitteln, welcher Personenkreis für den Bezug von Wohngeld berechtigt ist.

Derzeit sind 9 Beschäftigte in der Wohngeldbehörde tätig, 15 werden benötigt. Die Arbeit wird verdreifacht, ungewiss ist auch, ob mit dieser Beschäftigtenzahl die Antragsflut zu bewältigen sein wird. Es heißt nicht umsonst, es sei die größte Wohngeldreform in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen, so Herr Schäfer weiter.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, schließt sich der Darstellung von Herrn Schäfer an und warnt vor unkalkulierbaren Kosten und hohem Bürokratieaufwand. Es ist ein Skandal, dass bei solch einer Reform die Kommunen nicht vom Anfang an besser entlastet werden, so Herr Bürgermeister Kämpf weiter.

Die Fachkräfte zu finden ist eine Seite, diese dann aber bezahlen zu können, ist die andere Seite. Es gibt zwar einen Ausgleich, jedoch ist es jetzt schon nicht mehr ausreichend, um Personal- und Sachkosten zu decken.

Plauen, den

Plauen, den

Herr Tobias Kämpf
Bürgermeister GB I

Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Frau Rotaj
Schriftführer

Herr Eric Holtschke
Stadtrat